

Pressemitteilung



Empfehlungen des Corona-Expertenrats „Gute Grundlage für weiteres Pandemiemanagement“

**Pressestelle der
deutschen Ärzteschaft**

Herbert-Lewin-Platz 1
10623 Berlin

Zu den Empfehlungen des Corona-Expertenrats der Bundesregierung erklärt Bundesärztekammer-Präsident Dr. Klaus Reinhardt:

Berlin, 09.06.2022 – „Bund und Länder haben es in der Vergangenheit versäumt, sich auf absehbare neue Infektionswellen in der Corona-Pandemie ausreichend vorzubereiten. Die Folgen waren schlecht aufeinander abgestimmte und oftmals wenig durchdachte Maßnahmen. Das damit verbundene Hin und Her hat das Vertrauen der Bevölkerung in das Pandemiemanagement verständlicherweise erheblich erschüttert. Wenn die Corona-Infektionszahlen im Herbst saisonal bedingt wieder ansteigen sollten, darf uns das nicht noch einmal passieren.

Deshalb ist es gut, dass sich die Politik jetzt auf wissenschaftlicher Grundlage auf die kommenden Monate vorbereitet. Die Empfehlungen des Expertenrates sind eine gute Grundlage für den Umgang mit der Pandemie. Das Bundesgesundheitsministerium muss jetzt das weitere Vorgehen gemeinsam mit den Ländern im Detail abstimmen. Das ist in Anbetracht der von dem Expertenrat formulierten Empfehlungen ein anspruchsvoller Zeitplan. Die Zeit drängt. Daher rufe ich alle Beteiligten zu einer sachlichen, rationalen und ideologiefreien Zusammenarbeit auf.

Dabei ist es wichtig, auf alle drei in der Stellungnahme genannten Szenarien vorbereitet zu sein, ohne sich schon heute auf bestimmte Maßnahmen festzulegen. Niemand kann derzeit sagen, ob im Herbst und im Winter weiterhin Omikron vorherrschend sein wird, ob wir es mit harmloseren Virusvarianten zu tun haben werden, oder ob sich solche mit schwereren Verläufen durchsetzen. Wir sollten also einen

Ansprechpartner:
Alexander Dückers
Samir Rabbata
Tel. (030) 40 04 56-700
Fax (030) 40 04 56-707
www.baek.de
presse@baek.de

Diese Pressemitteilung finden Sie auch im Internet unter www.bundesaerztekammer.de

gut gefüllten Instrumentenkasten griffbereit haben, der dann zum Einsatz kommen kann, aber eben nicht muss.

Besonders wichtig sind die in der Stellungnahme angemahnten Maßnahmen zur Sicherung der sozialen Teilhabe von Kindern und Jugendlichen. Sie waren bisher die Hauptleidtragenden der Pandemie-Eindämmungsmaßnahmen. Bildungsdefizite, eine deutlich erhöhte Anzahl psychischer Erkrankungen und Entwicklungsstörungen sind in großem Umfang schon jetzt zu beobachten. Aber das gesamte Ausmaß werden wir sicherlich erst mit einer erheblichen Zeitverzögerung erleben, voraussichtlich erst in fünf bis zehn Jahren. Wechselunterricht und pandemiebedingte Schließungen von Schulen und Kitas dürfen nur noch in extremen Krisensituationen in Erwägung gezogen werden.

Grundlage für rationale und wirkungsvolle Corona-Schutzmaßnahmen ist eine aussagekräftige Datenbasis. Die Bundesregierung sollte sich den Rat ihrer Expertinnen und Experten zu eigen machen und endlich systematisch Daten zu Infektionsdynamik, Krankheitsschwere und zur Belastung des Gesundheitswesens erheben und auswerten. Wir haben in den letzten zweieinhalb Jahren einen wahren Datenblindflug erlebt, der keine gute Grundlage für rationale Entscheidungen war. Nur wenn Klarheit über das tatsächliche Infektionsgeschehen herrscht, können wir die Krankenhaus- und Intensivbettenbelastung realistisch prognostizieren.

Zudem brauchen wir Gewissheit darüber, wie wirksam die in der Vergangenheit ergriffenen Maßnahmen waren. Daher müssen die Erkenntnisse aus der Evaluation der Corona-Maßnahmen, die Ende des Monats vorliegen sollen, ebenfalls in die weitere Planung mit einfließen. Denn die Bevölkerung wird erneute Einschränkungen nur dann akzeptieren, wenn diese erwiesenermaßen notwendig und wirksam sind.“